

EIN ESSENER JAHRZEHNT DER ERNEUERUNG

Unser Programm
zur Kommunalwahl 2020

WENIGER REDEN.
MEHR MACHEN.

SPD Essen
Severinstr. 44
45127 Essen
info@spd-essen.de
www.spdessen.de



Inhalt

Präambel.....	3
Und dann kam Corona.....	3
Ein Jahrzehnt für Bildung und Familien	4
Frühe Bildung.....	4
Schule	4
Schule 2.0.....	5
Zeit für Familien.....	5
Kinder- und Jugendarbeit	5
Zeitgemäße Senior*innenpolitik	6
Ein Jahrzehnt für gute Arbeit, starke Wirtschaft und sozialen Zusammenhalt.....	7
Tarifbindung und Mitbestimmung stärken – wir brauchen ein neues Bündnis.....	7
Wirtschafts- und Standortförderung stärker und sozialer machen	7
Chancen für Chancenlose – wir schaffen einen echten Sozialen Arbeitsmarkt	8
Hilfen aus einer Hand – verständlich, klar und bürgernah.....	8
Ein Jahrzehnt der Inklusion.....	8
Teilhabe durch Bildung.....	8
Teilhabe durch Umdenken	9
Teilhabe durch Arbeit	9
Ein Jahrzehnt zuverlässiger Gesundheitsvorsorge	9
Ein Jahrzehnt des starken Zusammenhalts in Vielfalt	10
Geflüchtete.....	10
Kommunales Integrationszentrum.....	10
Teilhabe durch Bildung.....	11
Teilhabe durch Arbeit	11
Teilhabe durch Mitbestimmung	12
Duldungsstatus und das „Essener Modell“	12
Ein Jahrzehnt der Kultur für alle	13
Theater, Musik, Kunst – städtische und freie Szene.....	13
Museen, Stadtbibliotheken, Volkshochschule (VHS) und Haus der Geschichte	13
Alte Synagoge und Erinnerungs- und Gedenkkultur	13
Jugend und Bildung im kulturellen Bereich	14
Ein durch und durch sportliches Jahrzehnt	14
Ein Jahrzehnt der neuen (Mobilitäts-)Wege.....	14
Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	15
Radverkehr	15

Motorisierter Individual- und Güterverkehr	16
Fußverkehr.....	16
Ein Jahrzehnt für nachhaltigen und sozial verträglichen Umweltschutz.....	16
Essen – klimagerecht, sauber und sozial	17
Umweltbildung	17
Flächennutzung und Begrünung.....	17
Umweltgerechtigkeit	18
Ein Jahrzehnt für soziales und bezahlbares Wohnen	18
Stadtentwicklung in Essen	18
Quartiersmanagement	19
Attraktives Wohnen.....	19
Genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern	20
Gewerbe- und Industrieflächen.....	20
Ein Jahrzehnt des sicheren Zusammenlebens.....	20
Ein Jahrzehnt der Beteiligung und modernen Stadtverwaltung	21
Stadtverwaltung der Zukunft – serviceorientiert, bürgernah, effizient, transparent, krisenfest und digital	21
Digitale Stadtverwaltung	22
Essen zur vorbildgebenden Arbeitgeberin weiterentwickeln	22
Gleichstellung	22
Verbraucher*innenschutz	23
Bürger*innenbeteiligung.....	23
Bezirke stärken	23
Mittelausstattung der Bezirksvertretungen	24
Ein Jahrzehnt der gestaltenden Finanzpolitik.....	24

Ein Essener Jahrzehnt der Erneuerung

Präambel

Essen ist eine großartige, bunte und vielfältige Stadt – voller Potenzial, Kreativität, Engagement und vor allem liebenswerter Menschen. Als Kulturhauptstadt Europas 2010 oder auch Grüne Hauptstadt Europas 2017 haben wir uns beweisen können. Wir haben jeden Grund, stolz auf unsere Stadt zu sein. Aber Essen steht vor großen Herausforderungen. Die sozialen Schieflagen haben zugenommen, Bildungs- und Zukunftschancen hängen trotz aller Anstrengungen noch immer von der Postleitzahl ab. In Teilen unserer Stadt fühlen sich Menschen zunehmend unwohl und von positiven Entwicklungen abgekoppelt. Wir wollen jedoch, dass unsere Stadt zusammenbleibt – denn es geht nur gemeinsam. Für uns sind gegenseitiger Respekt und zupackende Solidarität die Grundlagen unseres Zusammenlebens.

Darum werden wir ein Jahrzehnt der Erneuerung einläuten. Für beste Bildung und gerechte Chancen. Für faire Verteilung von Lasten und Ressourcen. Für eine gleichwertige medizinische Infrastruktur in ganz Essen. Für bezahlbaren, zukunftssicheren und barrierefreien Wohnraum. Für eine demokratische Kultur, gegen Rechtsextremismus. Für respektvollen Umgang und ein gutes Zusammenleben. Für spürbare Sicherheit und Sauberkeit im Quartier durch eine Kultur des Hinsehens. Für eine Verkehrswende, die den Namen auch verdient. Und nicht zuletzt für eine Stadt, die den Kampf gegen den Klimawandel sozial gerecht gestaltet. Viele Menschen in Essen leben es vor: Mit großem Einsatz und unglaublichem Engagement machen sie unsere Stadt jeden Tag ein bisschen besser. Ihnen gebührt die größtmögliche Unterstützung.

Und dann kam Corona...

Die Corona-Pandemie stellt uns und unsere Stadt auf die Probe und vor bislang nicht gekannte Herausforderungen. Die aktuelle Situation hat uns bereits vor der Krise bestehende Probleme noch einmal deutlich vor Augen geführt. Deshalb liegt in der Krise für uns auch eine Chance. Die Chance, den Wert von Zusammenhalt und eines starken wie fürsorgenden Staates zu erkennen. Nun gilt es, solidarisch zusammenzustehen und dafür zu sorgen, dass möglichst alle gut durch die Krise kommen. Die Pandemie hat bestehende Benachteiligungen noch einmal verschärft. Das gilt insbesondere für die Bildungschancen junger Menschen. Wir werden uns in den nächsten Jahren noch stärker den benachteiligten Bereichen unserer Stadt zuwenden. Das gilt auch für den Bereich der Daseinsfürsorge. Wir sind davon überzeugt, dass sich die öffentliche Hand hier wieder stärker einbringen und ihren Gestaltungsspielraum nutzen muss. Denn nur die Starken können sich eine schwache Stadt leisten. Ausdrücklich kommt für uns dazu auch die Rekommunalisierung von Bereichen der Daseinsfürsorge in Betracht.

Viele gute Ideen für unsere Stadt müssen im Hinblick auf die momentane Corona-Pandemie zurückstehen. Es ist aber notwendig, diese Ideen nun zu formulieren. Denn die Herausforderungen bleiben aktuell und es wird eine Zeit nach dem Virus geben. Deshalb ist es momentan wichtiger denn je, mit einem Blick in die Zukunft Zuversicht bei den Menschen in unserer Stadt zu wecken. Eines darf

die momentane Krise für unsere Stadt auf keinen Fall bedeuten: Stillstand und das Vertagen von Zukunftsthemen.

Ein Jahrzehnt für Bildung und Familien

Kinder und Jugendliche sollen gerne in unserer Stadt leben und gut aufwachsen können. Jedes Kind muss individuell gefördert werden und somit die Chance haben, sein Potenzial zu entfalten und zu nutzen. Auch Familien haben ein Recht auf die größtmögliche Unterstützung. Wir wollen, dass Essen sich zu einer echten Großstadt für Familien und zu einer Stadt der Bildung weiterentwickelt.

Frühe Bildung

In unseren Kitas wird ein Grundstein für Bildungschancen, Bildungsgerechtigkeit und Bildungserfolg gelegt. In Essen fehlen über 2.500 Betreuungsplätze, diese Lücke wollen wir bis 2026 durch die Einrichtung einer zentralen Serviceagentur, einen Aktionspakt „Kitaausbau“ sowie eine Modernisierungsoffensive im Bereich der städtischen Kitas schließen.

Bildung muss kostenfrei sein – von der Kita bis zur Uni. Dafür sind wir auf die Mithilfe des Landes angewiesen. Um Familien rasch zu entlasten, sollen die Beiträge für Kitas und den Ganztagsunterricht insbesondere für kleine und mittlere Einkommen deutlich sinken und Geschwisterkinder grundsätzlich beitragsfrei sein. Unser Ziel bleibt aber die vollständige Abschaffung der Gebühren für Kita und Ganztagsunterricht.

Die Kitaplatzvergabe werden wir schneller und transparenter gestalten und etablierte Systeme wie „Little Bird“ spürbar verbessern. Darüber hinaus werden wir Standards entwickeln und ein einheitliches Essener Kita-Qualitätssiegel einführen. Dazu gehört auch eine gesundheitsfördernde, ausgewogene, warme, frisch und mit regionalen Produkten zubereitete Mahlzeit am Tag, die die Vielfalt unserer Stadt berücksichtigt und perspektivisch für alle Kinder kostenlos angeboten werden soll. Auch bei Betreuungskonzepten in besonderen Lebenslagen und bei besonderen Bedarfen wollen wir besser werden und das wegweisende Projekt „Sonne, Mond & Sterne – ergänzende Kinderbetreuung“ ausbauen.

Schule

Die soziale Zusammensetzung der Schüler*innenschaft und das soziale Umfeld einer Bildungseinrichtung beeinflussen maßgeblich ihre Arbeit sowie die Leistungen der einzelnen Schüler*innen. Darum brauchen Schulen in einem schwierigen Umfeld gezielte Unterstützung bei ihrem Unterrichts- und Qualitätsentwicklungsprozess. Die besten Schulen sollen in den Vierteln mit den größten Herausforderungen stehen. Dazu werden wir ein Jahrzehnt der Bildung ausrufen und einen Schulentwicklungsplan bzw. Masterplan Schule erarbeiten. Dieser sieht vor, zusätzliche Ressourcen nach einem schulscharfen Sozialindex zu steuern, um Bildungsbenachteiligung zu kompensieren und Chancengleichheit zu gewährleisten. Wir wollen auch die Schulsozialarbeit mit kommunalen Mitteln weiter ausbauen. Bildung ist eine gemeinsame Aufgabe von Schule und Jugendhilfe – beide Systeme sollen sich mit ihren jeweiligen Kompetenzen auf Augenhöhe ergänzen.

Wir werden uns in Kooperation mit den Essener Hochschulen dafür einsetzen, dass wir in der Stadt Essen einen weiteren Standort des Talentkollegs Ruhr ansiedeln können, um die Chancengleichheit aller Kinder und Jugendlichen zu verbessern.

Durch Investitionen in bauliche Maßnahmen an unseren Schulen wollen wir den Schulalltag zusätzlich verbessern. Zu einer guten Schule gehört für uns eine Aula für Schul- und Nachbarschaftsveranstaltungen, eine Mensa mit der Möglichkeit einer Frischeküche, eine Turnhalle und eine sichere Abstellmöglichkeit für Fahrräder. In Essen gibt es in einigen Stadtteilen durch Zuzug und Neubauten eine steigende Zahl an neuen Mitbewohner*innen. Dies erhöht den Bedarf an Plätzen insbesondere in Grundschulen in den jeweiligen Stadtteilen. Wir setzen uns für Investitionen in neue Grundschulen ein. Damit werden wir auch erreichen, dass das Versprechen die Schüler*innenzahl pro

Klasse auf maximal 23 zu begrenzen endlich eingehalten wird. Besonders wichtig ist das für Schulen mit besonderen Herausforderungen.

Auch unsere städtischen Berufskollegs sollen im Hinblick auf Modernisierung und Ausstattung nicht länger vernachlässigt werden. Um die Qualität von Ganztagsangeboten zu verbessern, sollen hierfür eigene Räumlichkeiten geschaffen werden. Neben den Gebäuden nehmen wir auch die Schulhofgestaltung und die Entwicklung von Schulgärten in den Blick. Zudem werden wir Grundschulen zu Familienzentren ausbauen, in denen Unterstützungs- und Bildungsangebote für die gesamte Familie gebündelt werden. Vorbild sind für uns die Kitas, die bereits als Familienzentren arbeiten.

Schule 2.0

Die Digitalisierung der Schulen kommt in der Stadt Essen zu langsam voran. Um den Wildwuchs bei Infrastruktur und Geräteausstattung zu vereinheitlichen und Schüler*innen den bestmöglichen Zugang zu zeitgemäßer Software zu ermöglichen, wollen wir eine „Schüler*innen und Lehrer*innen Cloud“. Teure, aber notwendige Softwarelizenzen können damit flexibel mit allen Schüler*innen geteilt werden und müssen nicht für jede Schule individuell beschafft und administriert werden. Das gilt genauso für zusätzlichen Speicherplatz und Leistungserweiterungen. Zudem können so auch Fördergelder synergetisch genutzt werden. Sie werden gemeinsam und gerecht verteilt, womit ein einheitlicher Systemstandard vom Breitbandausbau an den Schulen bis zu einer modernisierten und zeitgemäßen Netzinfrastruktur über alle Schulen hinweg gewährleistet ist.

Insbesondere die Zeit der Corona-bedingten Schulschließung hat gezeigt, dass die fehlende Hardwareausstattung eines der größten Hindernisse für echte Bildungsgerechtigkeit ist. Viele Schüler*innen besitzen keine digitalen Endgeräte und/oder haben keinen permanenten Internetzugang, die sie für die Schule benutzen können. Unter Zuhilfenahme von Bundes- und Landesmitteln werden wir ein Konzept entwickeln, wie wir die Schülerinnen und Schüler mit zeitgemäßer Soft- und Hardware ausstatten.

Eine Schlüsselrolle bei der Digitalisierung kommt dem Alfred-Krupp-Schulmedienzentrum zu. Wir werden das Medienzentrum aufwerten und mit deutlich mehr Personal ausstatten. Dazu gehört für uns auch pädagogisches Personal. Denn neben der Einführung von Hard- und Software ist die pädagogische Beratung und Unterstützung der Lehrkräfte in den Schulen von zentraler Bedeutung.

Zeit für Familien

Da es für Familien schwierig ist, alle das Familienleben bestimmenden Zeitfaktoren unter einen Hut zu bekommen, verankern wir Familienzeitpolitik als kommunale Aufgabe. So können die Bedürfnisse von Familien besser berücksichtigt werden. Zudem bedarf es eines verlässlichen und guten Betreuungs- und Unterstützungsnetzwerkes. Neben dem qualitativen und quantitativen Ausbau des Ganztags an unseren Schulen wollen wir auch die Angebote der Jugendhilfe stärken und präventive Ketten ausweiten. Neben intensiver und engmaschiger Beratung setzen wir auf die Sicherung und qualitative Weiterentwicklung des Babybesuchsdienstes und die weitere Verzahnung mit den Jugendhilfestrukturen und der Elternbildung. Gegen Kinder- und Jugendarmut werden wir ein Sofortprogramm auflegen. Im Zuge des Kinderschutzes müssen der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) besser ausgestattet und die Mitarbeiter*innen dauerhaft entlastet werden.

Kinder- und Jugendarbeit

Für das gelingende Aufwachsen junger Menschen und für eine funktionierende Bildungslandschaft werden wir die finanzielle Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit, die Jugendverbandsarbeit sowie jugendkulturelle Angebote verbessern. Wir werden die Träger- und Angebotsvielfalt bewahren und gemeinsam mit allen Beteiligten die Arbeit der Kinder und Jugendeinrichtungen weiterentwickeln. Kinder und Jugendliche müssen in Wohnortnähe weiterhin Raum für sich haben, ob in Kinder- und

Jugendeinrichtungen oder Bewegungs- und Spielräumen. Auch die mobile bzw. aufsuchende Jugendarbeit wollen wir deutlich verstärken.

Wir werden mehr Frei- und Spielraum für Kinder und Jugendliche schaffen und die Erkenntnisse aus der Spielraumanalyse unter Einbindung der jungen Nutzer*innen konsequent umsetzen. Ebenso ist der Wiederaufbau der „Jugendfarm“ und ihre konzeptionelle Weiterentwicklung ein zentrales Anliegen. Wir wollen die politische Bildung, Teilhabe und Mitwirkung junger Menschen fördern und den Weg dezentraler Kinder- und Jugendbeteiligung in den Stadtteilen und auf Ratsebene weiter gehen. Auch die Jugendkultur ist für uns fester Bestandteil. Dazu gehört die Absicherung und Förderung bestehender Orte und Events der Jugendkultur. Die Teilhabe und Mitwirkung junger Menschen an Entscheidungen und Willensbildungsprozessen werden wir in ein Konzept für Demokratie und Vielfalt einbetten, das alle relevanten städtischen Bereiche umfasst und für alle Generationen ein Angebot schafft. Hier wollen wir an bereits erfolgreichen Projekten wie „Demokratie leben“ anknüpfen. Auch die Unterstützung von Aufklärungs- und Präventionsprogrammen hinsichtlich der Verhinderung von rechter Gewalt, rechtsextremen Vernetzungen sowie rechter Verschwörungstheorien machen wir uns durch einen Fördertopf, zur Aufgabe.

Begegnung schafft Verständnis füreinander. Wir erleben, dass Jugendliche aus dem Essener Norden in zum Teil völlig anderen Lebenswirklichkeiten aufwachsen als Jugendliche im Essener Süden. Es mangelt an Kontakten und Begegnungen. Wir werden auf Basis der Jugenddialoggruppen ein Konzept entwickeln, wie mehr Begegnung und gegenseitiges Verständnis zwischen den Jugendlichen in unserer Stadt geschaffen werden kann.

Zeitgemäße Senior*innenpolitik

Die stetig wachsende Anzahl an Senior*innen stellt neue, zeitgemäße Anforderungen an unsere Gesellschaft. Senior*innen sollen unabhängig vom Alter und Geldbeutel (Finanzkraft) die Chance auf gesellschaftliche und politische Teilhabe erhalten. Kompetenzen und Kenntnisse der älteren Generation sind unverzichtbar für unsere Gesellschaft. Insoweit berücksichtigt unsere Politik die Belange der Generation 60 plus in vielfältiger Weise, so z. B. wenn es um Bildung im Alter und den Zugang zu digitalen Medien und ihrer Anwendung geht. Der Start der Zentren 60plus auf Stadtbezirksebene ist ein guter Anfang. Die Personal- und Sachausstattung der einzelnen Zentren wird den tatsächlichen Bedürfnissen und Anforderungen stetig anzupassen sein. Die Arbeit der Zentren 60plus wird in Bezug auf die Förderung der Senior*innenselbstorganisation bis in die Stadtteile hinein durch die Senior*innenbeauftragten der Bezirksvertretungen begleitet und die Beratungstätigkeit der Pflegestützpunkte im gesamten Essener Stadtgebiet unterstützt. Dabei steht das Ziel im Vordergrund die Senior*innenselbsthilfe (ZWAR-Projekte, Nachbarschaftsnetzwerke, etc.) sowie Beratung und Unterstützung quartiersnah in die Fläche zu bringen.

In unserer Stadt leben immer mehr ältere Menschen, auch mit Pflegebedarf. Der Wunsch ist groß, gerne solange wie möglich bei bester Versorgung im eigenen Wohnumfeld verbleiben zu können. Hierfür benötigen wir einen weiteren Ausbau der Beratung, Hilfeplanung und ambulanten Pflege sowie mehr barrierefreien Wohnungen und Begegnungsmöglichkeiten, bessere Verkehrsanbindungen und eine verlässliche Nahversorgung.

Senior*innenbeirat stärken

Der Senior*innenbeirat ist die politische Vertretung der nahezu 130.000 Essener Senior*innen. Er berät Rat und Verwaltung in allen sie betreffenden Fragen. Wir werden den Beirat stärken und die Mitwirkungsmöglichkeiten sowie Beteiligungsrechte erweitern.

Ein Jahrzehnt für gute Arbeit, starke Wirtschaft und sozialen Zusammenhalt

Menschenwürdige, gute Arbeit ist ein zentrales Anliegen der Sozialdemokratie. Bereits vor Corona stand Essen vor alten Herausforderungen wie der viel zu hohen Arbeitslosigkeit und deren langfristigen Folgen und vor neuen Herausforderungen wie den Auswirkungen und Chancen der Digitalisierung. Zu dieser Ausgangslage kommen nun die Folgen der Pandemiebekämpfung, die in vielen Wirtschaftszweigen für Umsatzeinbrüche gesorgt und die Lebensgrundlage vieler Menschen in Gefahr gebracht hat. Auch wenn staatliche Hilfen und ein robustes Krisenmanagement viele Härten abfedern konnten, steht für uns außer Frage, dass die kommenden Jahre von einem wirtschaftlichen Wiederaufbau geprägt sein werden. Projekte, die nach der aktuellen Situation umgesetzt werden, sollten so weit wie möglich an in Essen ansässige Firmen vergeben werden. Besonderes Augenmerk verdienen die gastronomischen Betriebe, die Freizeiteinrichtungen, die Schausteller*innen und auch die Vereine und Verbände. Diese haben besonders unter den Einschränkungen gelitten. Deshalb muss die Stadt überlegen, was zu deren Überleben von kommunaler Seite beigetragen werden kann. Das kann zum Beispiel der Verzicht auf städtische Gebühren sein, die Erlaubnis für die Inanspruchnahme von öffentlichen Flächen oder Zuschüsse für notwendige Anschaffungen.

Die Corona-Krise hat zu einem Wegbrechen von Ausbildungsplätzen geführt. In dieser Situation muss die Stadtverwaltung als eine der größten Arbeitgeber*innen in Essen Verantwortung übernehmen und das Ausbildungsangebot auch über Bedarf erhöhen.

Tarifbindung und Mitbestimmung stärken – wir brauchen ein neues Bündnis

Wir brauchen ein neues starkes Bündnis zwischen der Stadt Essen und den hiesigen Gewerkschaften. Tarifbindung und Mitbestimmung gehören im Konzern Stadt Essen verpflichtend dazu. Die Stadt Essen sollte auch darüber hinaus für gute Arbeitsbedingungen eintreten, wie die Einhaltung von Mindeststandards bei öffentlicher Auftragsvergabe oder gegen chronisch unterbezahlte Formen der Online-Dienstleistungen (sogenanntes Crowdfunding).

Wirtschafts- und Standortförderung stärker und sozialer machen

Die Essener Wirtschafts- und Standortförderung braucht eine personelle und finanzielle Aufwertung. Die Bildung eines Wirtschaftsausschusses unter Einbindung des Deutschen Gewerkschaftsbundes dient der besseren politischen Wahrnehmung und Steuerung. Gleichzeitig gehören Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Messe- wie Tagungsgeschäft unter ein Dach.

Um zu wachsen, sich zu entwickeln und Arbeitsplätze zu schaffen, braucht Essens Wirtschaft Flächen. Die ehemaligen Bergbau- und Montanflächen sind aber fast vollständig aufbereitet. Perspektivisch gilt es, Flächen kleinteiliger bereitzustellen – durch Umnutzung, Erweiterung und Arrondierung. Innovative Entwicklungen und Arbeitsfelder müssen genutzt werden. Die Förderung von Start-up Unternehmen gehört massiv ausgebaut. Die Digitalisierung wird neue Formen der Arbeit mit sich bringen – auch in räumlicher Hinsicht. Urbane Produktion, Coworking, diverse Formen des mobilen Arbeitens bis zum Homeoffice werden die Realität weiter verändern. Digitalisierung ist aber auch eine Herausforderung für die Aus- und Weiterbildung wie für die Qualifizierung der Menschen in den Betrieben – sie gilt es aktiv zu gestalten.

Gleichzeitig muss sich auf die Gewinnung und Bindung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in der Industrie und im produzierenden Gewerbe fokussiert werden. Dadurch sollen die Chancen von Langzeitarbeitslosen gesteigert werden, auch bei geringer Qualifizierung in den ersten Arbeitsmarkt zu gelangen. Der Masterplan Industrie ist entsprechend weiterzuentwickeln, die Zusammenarbeit von Wirtschaftsförderung, Jobcenter und Agentur für Arbeit ist zu intensivieren – besonders mit Fokus auf Jugendliche und Alleinerziehende. Der Essener Konsens gehört wiederbelebt.

Essen die Einkaufsstadt. So steht es noch immer auf dem Handelshof. Das kann aber nicht hinwegtäuschen, dass der Einzelhandel und mit ihm die Essener Innenstadt in einer Krise stecken. Die Entwicklungen bei Galeria KarstadtKaufhof sind dabei der Höhepunkt einer jahrelangen negativen Entwicklung. Alle bisherigen Maßnahmen in der Essener Innenstadt waren nicht von Erfolg gekrönt. Einkaufen und der Aufenthalt in der Essener Innenstadt müssen wieder zu einem einzigartigen und unverwechselbaren Erlebnis werden. Das Erscheinungsbild unserer Innenstadt lässt mittlerweile sehr zu wünschen übrig. Unmittelbar nach der Wahl werden wir eine dauerhafte Innenstadtentwicklungskonferenz einberufen und das Innenstadtmanagement verstärken.

Chancen für Chancenlose – wir schaffen einen echten Sozialen Arbeitsmarkt

Einige unserer Mitbürger*innen haben aufgrund ihrer persönlichen Lebenssituation weniger Chancen, je einer Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt nachzugehen. Für sie muss die Stadt Essen einen Sozialen Arbeitsmarkt aus Hilfstätigkeiten oder ergänzenden Serviceleistungen im Bereich des öffentlichen Dienstes schaffen, der auf eine dauerhafte, auskömmliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigung abzielt.

Hilfen aus einer Hand – verständlich, klar und bürgernah

Wir unterstützen die Idee eines sozialen Rathauses, wie es die Stadt Essen derzeit am Standort des alten Hauptbades plant. Wer in Essen auf staatliche Unterstützung angewiesen ist, sollte diese möglichst auf einfachem, kurzem Weg und aus einer Hand erhalten.

Ein Jahrzehnt der Inklusion

Um die soziale Teilhabe für alle Essener*innen weiter zu verbessern, wollen wir gemeinsam mit Verbänden und Initiativen sichtbare Barrieren im öffentlichen Raum abbauen. Aus demselben Grund wollen wir auch die öffentliche Infrastruktur in Bezug auf die Bedürfnisse unterschiedlicher Personengruppen gezielt verbessern und die soziale, kulturelle und politische Teilhabe verbessern. Verwaltung wie auch Kommunalpolitik möchten wir den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen weiter öffnen. Unser Ziel ist, den Betroffenen selbst Gehör zu verschaffen und sie in unsere Entscheidungsfindung eng einzubinden.

Eine gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen ist eines unserer obersten Ziele. Jedoch hinkt der Ausbau zu einer barrierefreien Gesellschaft in allen Bereichen hinterher. Wir haben noch lange nicht erreicht, dass Menschen mit geistiger oder körperlicher Beeinträchtigung selbstbestimmt leben können. Deshalb werden wir verstärkt darauf hinwirken, echte Inklusion in allen Bereichen der Gesellschaft umzusetzen.

Bei der Organisation von Wahlen muss auf eine möglichst große Anzahl an barrierefreien Wahllokalen hingearbeitet werden, um die politische Teilhabe von Menschen mit Behinderung zu gewährleisten.

Städtische Publikation und Druckschriften, sowie das Internetangebot der Stadt sind verstärkt auch in leichter Sprache zu verfassen. Bei großen städtischen Veranstaltungen ist zudem die Möglichkeit zu schaffen, bei Bedarf auch Gebärdendolmetscher einzusetzen, um so auch für gehörlose Menschen in unserer Stadt Teilhabe zu gewährleisten.

Teilhabe durch Bildung

Ein gleichberechtigter Zugang zu Bildung muss flächendeckend gelingen. Inklusion in der KiTa oder auch im Schulalltag muss nicht nur durch einen Barrieren Abbau stattfinden, sondern auch viel mehr durch geschultes Personal unterstützt werden. Jedoch darf eben nicht Inklusion nach der Schule aufhören: ebenso ist es wichtig, Projekte wie im Sport, Kultur und Arbeit, die integrativ gestaltet sind, besonders zu fördern und herauszuheben.

Teilhabe durch Umdenken

Leider müssen wir immer wieder feststellen, dass in unserer Stadt noch lange nicht ein barrierefreier Weg gestaltet ist - angefangen vom abgeflachten Bürgersteig bis hin zum barrierefreien Café. Wir wollen Inklusion in allen Bau- und Sanierungsmaßnahmen berücksichtigen. Es ist unabdingbar bei allen Planungs- und Handlungsprozessen in unserer Stadt die Inklusion als Strukturmerkmal zu verankern. Das bedeutet ein vorderstes Augenmerk sowohl auf Strukturen im Bereich der Mobilität als auch beim Wohnraum. Zusätzlich fordern wir, dass für Menschen mit eingeschränkter oder keiner Sehkraft Straßennamen an Ampeln und Kreuzungen in Blindenschrift angebracht werden.

Teilhabe durch Arbeit

Arbeit bedeutet für uns die Möglichkeit ein selbstbestimmtes und vor allem ein selbstverwirklichendes Leben führen zu können. Dieses Verständnis von Arbeit hört bei uns nicht bei Menschen mit geistiger oder körperlicher Beeinträchtigung auf. Zwar werden in Essen bereits zahlreiche integrative Arbeitsplätze angeboten, jedoch muss man Angebote zielgerichteter fördern und weiter ausbauen. Dazu könnte die Stadt Essen als Arbeitsgeberin als Vorbild vorangehen.

Ein Jahrzehnt zuverlässiger Gesundheitsvorsorge

Wir stehen dazu, dass verlässliche und gut erreichbare Gesundheitsvorsorge in unserer Stadt überall gleichermaßen verfügbar ist. Gesundheit ist ein hohes, wenn nicht das höchste Gut und diese zu erhalten muss gesichert sein. Dafür trägt auch und gerade die Stadt eine große Verantwortung. Die Corona-Krise zeigt, wie wichtig ein gut funktionierender öffentlicher Gesundheitsdienst ist. Das Gesundheitsamt Essen hat eine zentrale Funktion, um die Gesundheit der Bürger*innen zu bewahren. Wir werden die Lehren aus der Krise ziehen, den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) den Bedürfnissen anpassen und dauerhaft stabilisieren. Dazu werden wir auch von Land und Bund die nötigen Unterstützungen einfordern.

Die verlässliche ambulante und stationäre medizinische Versorgung ist das Rückgrat des Gesundheitswesens. Wir werden uns aktiv am Umgestaltungsprozess der Krankenhausversorgung beteiligen, um sicher zu stellen, dass keinerlei Versorgungsengpässe auftreten und wir Anschluss an moderne Krankenhausleistung erhalten. Dabei werden wir die Bedürfnisse des Essener Nordens im Blick haben. Auch eine aktive kommunale Beteiligung ist für uns ein denkbarer Weg, Krankenhäuser sind Daseinsvorsorge und gehören in öffentliche oder frei-gemeinnützige Hand!

In Abstimmung mit der KV werden wir die ambulante Versorgung in Essen, gerade im Essener Norden, zum zentralen Ziel der Stadt Essen machen. Fehlende Fachärzte, etwa Kinderärzte, in Teilen des Stadtgebiets sind inakzeptabel, bei Bedarf sind wir offen dafür, dass die Stadt selbst mit Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) tätig wird. Den Ausbau des ambulanten Gesundheitssystems auf Barrierefreiheit werden wir einfordern!

Wir werden uns auch in die sonstige Gesundheitsversorgung koordinierend aktiv einbringen. Denn selbstverständlich sind Therapeuten, Apotheken und Hilfsmittelerbringer unverzichtbarer Teil der Gesundheitsvorsorge. Das gilt in besonderem Maße auch für Hebammen. Die Geburt muss wohnortnah möglich sein. Wir werden uns für eine Hebammenzentrale auch in Essen einsetzen!

Psychische Erkrankungen stellen eine hohe Belastung für die Erkrankten und die Angehörigen dar. Wir werden uns für einen Ausbau der psychotherapeutischen Versorgung, eine gute, vernetzte Infrastruktur zwischen Gemeindepsychiatrie und klinischer/ambulanter Psychiatrie einsetzen und die Koordinationsfunktion der Stadt in Abstimmung mit den Trägern weiterentwickeln! Das gilt genauso für besondere Bedarfe etwa in bei der Drogen-/Suchthilfe. Wir unterstützen einen neuen Weg in der Drogenpolitik und wollen bei Freigabe Essen als Modellstadt zur Cannabis-Legalisierung anbieten! Statt

Konsument*innen zu verfolgen muss sich die Polizei auf die Bekämpfung von Strukturen organisierter Kriminalität konzentrieren können.

Ob ambulante Pflege, ambulante Betreuungshilfen, stationäre Pflege oder die Hospizarbeit, wir stehen dazu, dass die Kommune hier einen Koordinations- und Sicherstellungsauftrag hat. Gemeinsam mit den Partnern werden wir den Ausbau einer vernetzten Quartiersstruktur in der Pflege voranbringen! Pflege geht nur mit guten Arbeitsbedingungen und ausreichend ausgebildeten Fachkräften. Wir unterstützen ausdrücklich den Aufbau einer Pflegeausbildungskonferenz!

Der Kommune kommt eine besondere Bedeutung bei der Prävention und der Selbsthilfe zu. Wir werden die Strukturen der Selbsthilfe weiter stärken und gemeinsam mit den Kassen auf eine lebensweltbezogene gute Prävention achten. Dabei stehen Kitas, Schulen und Alteneinrichtungen im Vordergrund!

Gesundheit hat für Essen aber auch eine wirtschaftliche Komponente. Viele Arbeitsplätze werden dadurch in unserer Stadt ermöglicht. Wir werden den Ausbau als Standort für Forschung und Heilung unterstützen und die Ansiedlung von Unternehmen der Gesundheitsbranche voranbringen!

Ein Jahrzehnt des starken Zusammenhalts in Vielfalt

Vielfalt bedeutet für uns, soziale, gesellschaftliche, kulturelle und politische Teilhabe und Chancengleichheit für alle zu gewährleisten. Wir begreifen Integrationspolitik als ganzheitlichen Ansatz für ein gelingendes Zusammenleben in Vielfalt. Das Ziel unserer Integrationspolitik ist, die Teilhabechancen von Migrant*innen in allen Bereichen des Lebens zu fördern.

Geflüchtete

Aufgrund verschiedenster Krisen sind die Migrationsbewegungen seit Jahren hoch. Wir haben eine humanitäre Verantwortung und müssen denjenigen Schutz gewähren, die vor politischer oder religiöser Verfolgung oder vor einem Krieg fliehen und sich in Sicherheit bringen wollen. Das Recht auf Asyl ist im Grundgesetz verankert und darf nicht angetastet werden. Für uns steht zudem außer Frage, dass auch Essen ein sicherer Hafen mit Blick auf die Aufnahme besonders schutzbedürftiger und verletzlicher Menschen ist.

Zudem fordern wir ein, dass die Kommunale Gemeinschaft im Schulterschluss Lösungen herbeiführen muss, die sowohl auf EU-, Bundes- und Landesebene unterstützt und umgesetzt werden. Hierzu gehört neben der notwendigen Aufteilung auch zwingend eine auskömmliche und bedarfsgerechte Finanzierung für die Aufnahme und Betreuung der Hilfebedürftigen. Wir erwarten in diesem Zusammenhang eine solidarische Aufteilung der Verantwortung unter allen Kommunen und Bundesländern in Deutschland.

Geflüchtete brauchen anfangs eine zielgerichtete Betreuung. In der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) wird der reibungslose Beginn des Asylverfahrens sichergestellt, weshalb dort Dolmetscher*innen bereitgestellt werden müssen. Von der Registrierung in der EAE bis zur Unterbringung in einer anderen Einrichtung sollen maximal zwei Wochen vergehen.

Wir lehnen das Sachleistungskonzept entschieden ab. Die Flüchtlingspolitik der Stadtverwaltung muss transparenter gestaltet werden. Die Stadt ist aufgefordert, alle hierbei relevanten Menschenrechts-, Flüchtlings- und zivilgesellschaftlichen Organisationen in unserer Stadt bei der Planung der Flüchtlingsunterkünfte einzubeziehen. Bei der Unterbringung in Wohnungen, setzen wir auf die Kompetenzen der Wohnungsvermittlungsagentur, die in Kooperation mit den örtlichen Wohnungsunternehmen und den Wohlfahrtsverbänden eine gute weitere Betreuung der Geflüchteten sicherstellt. Die Einführung einer „Refugee App“ wäre begrüßenswert.

Kommunales Integrationszentrum

Die weitere Stärkung des Kommunalen Integrationszentrums (KI) ist der richtige Weg für eine gelingende Integration und zur Bündelung von Angeboten. Durch Koordinierungs-, Beratungs- und

Unterstützungsleistungen werden Einrichtungen des Regelsystems im Hinblick auf die Integration von Menschen mit Einwanderungsgeschichte sensibilisiert und qualifiziert. Das KI soll alle Essener*innen mit Migrationsgeschichte beim Erlernen der deutschen Sprache gezielt fördern sowie die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte verbessern. Aber auch die Menschen, die schon länger in Deutschland leben, müssen gezielt in den Bereichen Sprachangebote, Sport, politische Teilhabe, Beschäftigung, Ehrenamt und besonders bei der Pflege von Angehörigen, unterstützt werden. Das KI muss weiter Hand in Hand mit migrantischen Selbstorganisationen (MSO's), Vereinen und Beratungsstellen für Geflüchtete arbeiten. Um unseren Ansprüchen zu genügen, ist eine Verbesserung der finanziellen und personellen Ausstattung des KI in den nächsten Jahren notwendig.

Teilhabe durch Bildung

Das Beherrschen der deutschen Sprache ist der Schlüssel für eine gelingende Integration. So sollen nicht nur Geflüchtete, sondern auch Neuzugewanderte und Menschen mit Migrationsgeschichte, die schon länger hier leben, Zugang zu Sprachförderung und idealerweise kostenlosen Sprachkursen bekommen. Dennoch müssen mehrsprachige Angebote fest von der Kita bis zur weiterführenden Schule etabliert werden.

Wir werden dafür sorgen, dass insbesondere geflüchtete Frauen mit Kindern sofort an Sprachkursen teilnehmen können, indem wir die Betreuung ihrer Kinder sicherstellen.

Für neu zugewanderte Jugendliche sind verbesserte Sprachprogramme unabdingbar, es hat sich mittlerweile gezeigt, dass sie mehr Zeit für den Erwerb der deutschen Sprache benötigen. Diese Zeit müssen wir Ihnen geben. Wir setzen uns dafür ein, dass junge Geflüchtete länger in ihren Eingangsklassen verbleiben können. Das „Abschulen“ nach zwei Jahren lehnen wir ab. Unterstützende Angebote für Geflüchtete müssen speziell über schulische Träger sowie auch Jugendhäuser flächendeckend verfügbar gemacht werden. Gerade junge Menschen, die nach Deutschland kommen, brauchen eine Perspektive. Um Bildungsabschlüsse nachzuholen und Hochschulzugang zu erhalten, müssen sie einen einfachen Zugang zum BAföG-System bekommen. Berufsschulen und Hochschulen müssen zudem flexible Einstiegsprogramme für junge Migrant*innen und Geflüchtete schaffen, die es ermöglichen, an ihren in ihrer Heimat erworbenen Bildungsstand anzuknüpfen. Geflüchtete zwischen dem 18. und dem 25. Lebensjahr brauchen eine gesetzliche Zugangsberechtigung zu Berufsschulen.

Teilhabe durch Arbeit

Die Teilhabe am Erwerbsleben ist von besonderer Bedeutung, denn Arbeit stellt einen wesentlichen Weg zur Integration dar. Für viele Bevölkerungsgruppen ist aber ein diskriminierungsfreier Zugang zum Arbeitsmarkt trotz des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz noch lange nicht gegeben. Neben Frauen, älteren Arbeitnehmer*innen und Menschen mit Behinderung werden auch Menschen mit ausländisch klingenden Nachnamen oder ausländischem Aussehen immer noch zu oft im Bewerbungsprozess diskriminiert. Die Anonymisierung von Bewerbungsunterlagen ist hierbei ein wichtiger Schritt, den die Stadt Essen sowie ihre Beteiligungsunternehmen als Vorbild für einen diversen und diskriminierungsfreien Arbeitgeber einführen sollen. Wir beobachten mit Sorge, dass viele Geflüchtete zurzeit in einfachen Helfer*innentätigkeiten und klassischen Anlernberufen tätig sind. Für uns stellt aber eine solide Berufsausbildung von Geflüchteten die wichtigste Grundlage für eine langfristig gelingende Integration auf dem deutschen Arbeitsmarkt dar. Wir werden daher gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit und dem Jobcenter Essen Strategien entwickeln, um möglichst vielen Geflüchteten eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Es gilt für uns der Grundsatz: Ausbildung geht vor schnelle Arbeit.

Für einen inklusiven Arbeitsmarkt stellt die Berufseinstiegsqualifizierung ein geeignetes Instrument dar. Zudem muss die Existenzgründung erleichtert werden, deshalb sind spezielle Beratungen und Coaches für Migrant*innen besonders zu fördern. Das Triple Z Gründungszentrum in Essen-Katernberg leistet hier einen wichtigen Beitrag, eine Vernetzung aller Gründungszentren soll ermöglicht werden.

Teilhabe durch Mitbestimmung

Integrationsrat

Ein starker Integrationsrat ist uns wichtiger denn je. Denn er vertritt die Interessen der in Essen lebenden Menschen mit Migrationsgeschichte, ist in den kommunalpolitischen Willensbildungsprozess eingebunden und berät den Rat der Stadt und seine Ausschüsse. Die Bestrebungen der jetzigen Landesregierung, die Beteiligungsmöglichkeiten für Menschen mit Migrationsgeschichte ohne deutsche oder EU-Staatsangehörigkeit zu reduzieren, gilt es aufzuhalten. Wir stehen für die Stärkung des Integrationsrates sowie den Erhalt der Direktwahl.

Migrantische Selbstorganisationen

Auf kommunaler Ebene müssen wir das Gespräch mit migrantischen Selbstorganisationen und ihren Dachverbänden weiter vertiefen. Die Verbände sollen sich für die soziale, gesellschaftliche und politische Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte einsetzen – unter Beachtung von Grundgesetz, Menschen- und Grundrechten wie Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit, Glaubens- und Gewissensfreiheit. Für die Frage der Anerkennung von Verbänden und Gruppierungen als Religionsgemeinschaft oder als Körperschaft des öffentlichen Rechts bedarf es objektiver Kriterien. Viele Mitglieder leben in den migrantischen Selbstorganisationen ihre Kultur und Religion aus und es muss gewährleistet sein, dass dies ohne Einfluss von Dachverbänden oder ausländischen Religionsbehörden geschieht.

In der Integrationspolitik darf es nicht zu ethnischen oder religiösen Konfrontationen kommen. Die Zusammenarbeit mit Organisationen und Vereinen, die die „Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS) Bewegung unterstützen, schließen wir kategorisch aus. Gemeinsam mit den Akteur*innen in den Communitys, migrantischen Selbstorganisationen sowie Verbänden wollen wir den Aufbau eines Vermittlungsnetzwerks für Migrant*innenvereine initiieren. Der Essener Verbund der Immigrant*innenvereine ist eine erste Anlaufstelle, er bedarf jedoch besserer personeller und finanzieller Ausstattung.

Duldungsstatus und das „Essener Modell“

Im Zuge des libanesischen Bürgerkriegs war die Stadt Essen in den 1980er Jahren häufiges Ziel von Geflüchteten. Durch strikte Regelungen des Ausländerrechts haben mittlerweile auch deren in Deutschland geborene Kinder lediglich den Status einer Duldung. Obwohl viele der Geduldeten bereits Jahre in Kettenduldung in Deutschland leben, haben sie meist keine Chance, diesen Status zu verbessern und eine Ausbildung oder Arbeit zu finden.

Seit 2016 läuft in Kooperation mit dem Innenministerium NRW das Pilotprojekt „Essener Modell“. Es ermöglicht, jungen libanesischen Menschen bei integrativen Erfolgen als rechtliche Ausnahmeregelung einen Aufenthaltstitel zu verleihen. Dieser vielversprechende Ansatz bietet neben einer gesicherten Bleibeperspektive auch eine Ausstiegsmöglichkeit aus den Essener Clanstrukturen. Daher sollte das Pilotprojekt weitergeführt und ausgeweitet werden. Viele geduldete Menschen misstrauen den Behörden, diese Vorbehalte gilt es abzubauen, hier braucht es gemeinsame Maßnahmen der aufsuchenden Sozialarbeit, des KI und der Migrantenselbstorganisationen. Wir fordern die Abschaffung der Kettenduldung und eine Rechtslage, die den betroffenen Menschen eine wirkliche Bleibeperspektive bietet, wir werden uns bei der Landesregierung für die Einführung einer verbindlichen Stichtagsregelung einsetzen.

Für ist eine auskömmliche Finanzierung der Integrationsarbeit durch Bund und Land unerlässlich. Dass die vom Bund verlängerten Integrationspauschalen durch das Land NRW einbehalten werden, werden wir nicht hinnehmen.

Respekt und Anerkennung für alle Menschen

Essen soll für alle Menschen ein gutes Zuhause sein. Niemand muss sich vor dem Hintergrund seiner sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität verstecken müssen oder ausgegrenzt fühlen.

LSBTIQ* sind Teil unserer Stadtgesellschaft. Ohne Wenn und Aber! Wir stehen an ihrer Seite für Akzeptanz, vollständige Gleichstellung und Respekt! Gewalt und Diskriminierung gegenüber LSBTIQ* treten wir entschieden entgegen. Auch in Zukunft wollen wir queeres Leben und Alltagskultur in unserer Stadt unterstützen und fördern. Und das über alle Stadtteil- und Generationengrenzen hinweg.

Ein Jahrzehnt der Kultur für alle

Wir wollen allen Essener*innen unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Bildung oder Größe des Geldbeutels den Zugang zu den breitgefächerten Kulturangeboten unserer Stadt ermöglichen. Gleichwohl wollen wir Künstler*innen dabei unterstützen ihren einen eigenen, eigenständigen und eigensinnigen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten zu können. Ihre Kreativität und ihr Widerspruchsgeist schaffen Werke, die unsere Stadtgesellschaft bereichern. Dazu benötigen sie Freiheit, Unabhängigkeit und eine Förderung, die dies überhaupt erst ermöglicht.

Theater, Musik, Kunst – städtische und freie Szene

Die Theater und Philharmonie GmbH (TuP) ist der größte Kulturbetrieb der Stadt. Es wird wichtig sein in den kommenden Jahren, dieses Angebot nicht nur zu halten, sondern es noch mehr Schichten der Gesellschaft zu öffnen. Dazu zählen Zugewanderte ebenso wie Menschen, die erst spät Zugang zu diesem kulturellen Angebot finden. Zeitgemäße Strukturen sind für ein modernes Management heute unabdingbar. Zum Auftrag von Theater und Philharmonie gehört ein qualitativvolles Programm ebenso wie ein unterhaltsames, ein experimentelles Programm genauso wie ein Interkulturelles. Theater und Konzert bleiben auch in Zukunft wesentliche Bestandteile eines kommunalen Kulturangebotes. Wir brauchen nicht nur eine Förderung und Festigung des städtischen Angebots, sondern auch der freien Szene. Die städtischen Kultureinrichtungen dürfen den sozialpolitischen Aspekt nicht vergessen. Die bereits heute gut angenommenen Kultureinrichtungen für benachteiligte Menschen werden wir ausweiten und einem noch breiteren Personenkreis zugänglich machen. Die zahlreichen freien Theater, Ensembles und Kulturzentren wie das Katakomben-Theater, die Zeche Carl oder das GREND Kulturzentrum müssen stärker unterstützt werden. Dort benötigen wir wie in allen Bereichen der Kulturschaffenden-Szene Sicherheit für die Arbeitnehmer*innen. Einen einfachen Einstieg für junge Menschen in die Kunstszene bietet Streetart, darum wollen wir mehr legale Flächen und professionelle Unterstützung bereitstellen. Wir fordern zudem eine stärkere Repräsentation Essener Künstler*innen im öffentlichen Raum, z. B. bei städtischen Festen wie dem „Essen Original“.

Museen, Stadtbibliotheken, Volkshochschule (VHS) und Haus der Geschichte

Wir fordern, dass unsere Museen für alle zugänglich sind und insbesondere für Kinder und Jugendliche kostenfrei. Wir erarbeiten ein Konzept zum systematischen Ausbau der Stadtteilbibliotheken zu Begegnungszentren insbesondere für Familien. Denn Bibliotheken sind heute mehr als nur Häuser zur Mediennutzung. Sie sind Häuser der Begegnung und des gemeinsamen Arbeitens. Im Herzen der Stadt sind sie Kulturzentren, Veranstaltungshäuser und Oasen in der Hektik der Stadt und setzen damit einen wichtigen Kontrapunkt zum geschäftigen Treiben der Innenstadt. Auch in Zukunft wird die Zentralbibliothek durch Stadtteilbibliotheken ergänzt, die den Menschen auch in den Stadtteilen und Quartieren Medien und Orte der Begegnung bereitstellen. Das Angebot der VHS im Bereich Kunst, Kultur und Umweltbildung wollen wir aufrechterhalten und ausbauen. Das Haus der Geschichte wollen wir als Stadtarchiv noch attraktiver machen: es ist das Gedächtnis der Stadt. Hier erfahren junge wie ältere Menschen wesentliches über ihre Herkunft, die Geschichte der Stadt Essen und lernen dabei zugleich, wie man verantwortlich aus diesem Wissen heraus Gegenwart und Zukunft gestalten kann.

Alte Synagoge und Erinnerungs- und Gedenkkultur

In Kürze wird es nicht mehr möglich sein, direkt mit Zeitzeug*innen des Holocaust zu sprechen. Gleichzeitig erleben wir ein erschreckendes Voranschreiten von Antisemitismus und Rechtsradikalismus bis hin zu Terror. Dem müssen wir eine starke und weder vergessende noch

relativierende Erinnerungskultur entgegensetzen. Die immens wichtige Arbeit der Alten Synagoge wollen wir ausbauen und stärken. Zudem fordern wir ein Programm zur Aufwertung der Essener Gedenkstätten wie der Schwarzen Poth/Stadtwunde oder der Kriegsgräberstätte an der ehemaligen Zeche Graf Beust. Sie müssen zu echten Orten des Gedenkens werden und eine aktive Bildungsarbeit speziell für Kinder und Jugendliche leisten können.

Jugend und Bildung im kulturellen Bereich

Für Kinder und Jugendliche wollen wir umfassende und gleichberechtigte Chancen auf Teilhabe am kulturellen Leben gewährleisten, die kulturelle Bildung in Einrichtungen für Kinder und Jugendliche muss verstärkt werden. In allen Museen in Essen – dem Folkwang Museum, den ständigen Sammlungen der städtischen Museen und dem Ruhr Museum – sollte für Jugendliche bis 18 Jahre der Eintritt kostenfrei sein. Zudem ist es wichtig, freie kinder- und jugendgerechte Kulturangebote aufrechtzuerhalten und auszubauen. Als feste Kulturinstanz soll das „Pfungst Open Air“ weitere Unterstützung durch das Jugendamt erhalten, sowie das Mukkefukk und das Projekt AKdeMiE. Der Hüweg oder das Café Nova sind gute Beispiele für kinder- und jugendgerechte Kulturangebote, die weiter ausgebaut und gefördert werden müssen. Die Jugendkunstaussstellung sollte im Kulturretat abgesichert sein und konzeptionell weiterentwickelt werden.

Ein durch und durch sportliches Jahrzehnt

Der Sport ist mehr als Freizeitvergnügen oder Fitness, unsere Sportvereine leisten einen unschätzbaren Beitrag für das Zusammenleben im Stadtteil, zur Bildung, Integration und Inklusion. Gleichzeitig ist die „Sportstadt Essen“ mit ihren Spitzenvertreter*innen und dem Olympiastützpunkt NRW/Rhein-Ruhr bundesweites, zum Teil auch internationales Aushängeschild. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Vereinssport partnerschaftlich weiterentwickeln und eine verlässliche Förderung sicherstellen.

Grundvoraussetzung für bessere Trainings- und Wettkampfbedingungen ist es, unsere öffentliche Sportinfrastruktur zu modernisieren. Bei jeder größeren Schulbaumaßnahme soll auch der Bau bzw. die Instandsetzung vorhandener Turnhallen eingeplant werden. Diese zusätzlichen Sportflächen sollen außerhalb der schulischen Nutzung auch den Essener Vereinen zur Verfügung stehen.

Alternative Sport- und Bewegungsangebote müssen weiter gefördert und ausgebaut werden. Dies umfasst die Öffnung von Bezirkssportanlagen und Schulhöfe zu „freien“ Zeiten, die bessere Auszeichnung und Beleuchtung von Lauf- und Walkingstrecken sowie die Förderung von Trend- und Jugendsportarten.

Jedes Kind in Essen soll vor dem Schuleintritt schwimmen können. Voraussetzung hierfür ist nicht nur ein massiver Ausbau des Schwimmkursangebots, wir werden auch die Elterninformationen hierzu deutlich verbessern und den Bau weiterer Lehrschwimmbecken vorantreiben. Daneben setzen wir uns mit aller Kraft für den Erhalt der städtischen Hallen- und Freibäder ein.

Ein Jahrzehnt der neuen (Mobilitäts-)Wege

Wir wollen allen Menschen, auch denen mit eingeschränkter Mobilität (sensorisch oder motorisch, ständig oder zeitweilig) in unserer Stadt mehr und bessere Mobilität ermöglichen, ohne Umweltschutz und Lebensqualität einzuschränken. Für die notwendige Verkehrswende setzen wir auf ein selbsterklärendes Routen- und Ticketsystem. Ob mit dem Rad, mit Bus und Bahn oder zu Fuß – unser Ziel für Essen ist es, sich auch ohne Auto effizient, sicher und erschwinglich fortbewegen zu können.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Der ÖPNV ist der wichtigste Bestandteil für unsere mobile Stadt. Ein attraktiver ÖPNV ist verlässlich, erschwinglich, klima- und raumeffizient sowie sicher und damit eine sinnvolle und attraktive Alternative zum Auto und Ergänzung zu Rad- und Fußverkehr.

Wir wollen einen ÖPNV, der einen Fahrplan überflüssig macht, alle Essener*innen sollen sich ohne großen Planungsaufwand in unserer Stadt fortbewegen können. Den Anfang machen Strecken, die bereits jetzt gut vernetzt und viel genutzt sind. Für den ÖPNV weniger gut erschlossene Strecken wollen wir nach und nach so an das Netz anschließen, sodass auch hier keine langen Wartezeiten anfallen. Zudem wollen wir ein Nachtnetz, das niemanden stranden lässt. Wir beschleunigen den ÖPNV, wo immer es möglich ist, durch Ampelvorrangschaltungen und intelligente Verkehrsführung. Bei Neubauten von schienengebundenem ÖPNV wollen wir möglichst kreuzungsarme eigene Trassen errichten. Alle Leistungen des ÖPNV wollen wir mit sinnvollen Angeboten wie Park-and-Ride-Parkplätzen sowie Mobilstationen für Car- und Bikesharing verbinden, um mehr Menschen zum Umstieg auf den ÖPNV zu bewegen. Wir wollen hierzu den Bau von weiteren Mobilstationen im gesamten Stadtgebiet fördern.

Wir setzen auf einen ÖPNV für alle, weshalb wir den Ausbau von barrierefreien Haltestellen weiter fördern. Informationsbeschaffung, Ticketkauf und Orientierung im ÖPNV-Netz müssen für alle Nutzer*innen absolut uneingeschränkt barrierefrei möglich sein. Ein ÖPNV für alle bedeutet auch Tickets zu erschwinglichen Preisen, wie ein 365-Tage-Ticket. Bei der Finanzierung müssen wir weiterhin Bund und Land in die Pflicht nehmen, sie muss bis mindestens 2025 gesichert werden.

Wir werden zudem weiter Möglichkeiten prüfen, inwieweit regionale Unternehmen an der Finanzierung und dem Betrieb von ÖPNV-Strecken zur Erschließung von Industrie- und Gewerbegebieten beteiligt werden können. Zukunftsfähiger Nahverkehr ist auch eine Frage der Innovation. Dabei setzen wir auf technische Fortschritte, die kommunal, aber auch in Land und Bund vorangetrieben werden müssen.

Wir streben an, dass der ÖPNV in Essen bis 2030 CO₂-neutral unterwegs ist. Dazu ändern wir nach und nach alle Busse auf klimaneutrale Antriebe. Das sind entweder batterieelektrische oder auch wasserstoffbetriebene Fahrzeuge (Brennstoffzelle). Der Strom für Straßen- und Stadtbahn wird auf Strom aus Wind- und Sonne umgestellt. Gemeinsam mit unserer Ruhrbahn-Partner- und Nachbarstadt Mülheim an der Ruhr prüfen wir die Möglichkeit, möglichst große Freiflächen am Flughafen Essen/Mülheim zu Photovoltaikarealen zu entwickeln. Dort kann auch aus dem Sonnenstrom über Elektrolyse der klimaneutrale Wasserstoff für die Brennstoffzellenbusse der Ruhrbahn gewonnen werden.

Wir wollen den Anteil des ÖPNV an der Mobilität bis 2030 auf mindestens 25% steigern, den Part des gesamten Umweltverbundes – ÖPNV, Rad- und Fußverkehre – auf 75%. Das Ziel wurde mit dem Projekt Grüne Hauptstadt bereits formuliert, wir werden es umsetzen.

Mit der Gründung der Ruhrbahn ist ein weiterer Schritt in Richtung interkommunaler Zusammenarbeit gelungen. Im besten Fall können wir auch mit anderen Kommunen die Zusammenarbeit intensivieren. Wir brauchen einen überkommunalen Nahverkehrsplan, der vergleichbare Angebote schafft und finanzielle Nachteile möglichst vermeidet. Als einen weiteren Anreiz schlagen wir die Einrichtung eines Ruhrbahn-Loyalty-Programms vor, das positive Effekte für den Essener Einzelhandel und mehr Umstieg auf den ÖPNV schafft: Durch Einkäufe in der Innenstadt können dabei Ermäßigungen für Fahrkarten erworben werden.

Wir unterstützen, dass die Stadt im Rahmen ihrer Mitgliedschaft im "Zukunftsnetz Mobilität NRW" das kostenlose Beratungsangebot für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt- und Verkehrsplanung in Anspruch nimmt.

Radverkehr

Für einen modernen und flächendeckenden Radverkehr wollen wir den Ausbau von sicheren Radwegen quantitativ und qualitativ vorantreiben. Für ein stadtweites Radroutennetz müssen wir die vorhandenen Radwege konsequent miteinander verbinden und durch eine bessere Beschilderung im

Stadtbild sichtbarer und mit Beleuchtung sicherer machen. Kurzfristig werden Kreuzungen mit besonderem Gefährdungspotenzial für Fußgänger und Radfahrer so umgebaut, dass sich für sie Sicherheit und zügiges Vorankommen verbessern.

Zudem brauchen wir einen attraktiven Radschnellweg 1 (RS1), der zügig weitergebaut werden muss. Angebote wie Radboxen, Bikesharing und Fahrradparkhäuser sollen die Nutzung des Rads so angenehm wie möglich machen. Fahrradstraßen können ein sinnvolles Instrument sein, um nicht nur den Radverkehr zu verbessern, sondern auch die Aufmerksamkeit und Bereitschaft fürs Radfahren zu erhöhen. Die Mittel für den Ausbau von Radwegen werden wir im städtischen Haushalt signifikant erhöhen. Kleine und mittlere Unternehmen wollen wir beim Einsatz des Fahrrades und Lastenrades als Alternative zum Einsatz des Autos bei Ausübung Ihrer Tätigkeit fördern.

Motorisierter Individual- und Güterverkehr

Das Auto zählt weiterhin zur Lebensrealität vieler Menschen, weshalb wir eine Verkehrswende so schonend wie möglich und ohne Fahrverbote gestalten wollen. Das Auto soll als sinnvolle Ergänzung zum Fortkommen mit dem ÖPNV, dem Rad und zu Fuß dienen. Um Staus zu vermeiden, errichten wir Park-and-Ride-Parkplätze an sinnvollen Verknüpfungspunkten des städtischen wie überregionalen ÖPNV. Wir fordern ein intelligentes Parkraummanagement, das die Parkplatzsuche erheblich verkürzt und den Autoverkehr in der Innenstadt und in den Stadtteilzentren effektiv und effizient steuert. Kleine und mittlere Unternehmen, die auf das Auto für ihren Betrieb angewiesen sind, sollten nicht in ihrer Existenz bedroht werden. Den LKW- und Lieferverkehr wollen wir auf Zeiten außerhalb des Berufsverkehrs beschränken, um Staus und damit Lärm- und Luftverschmutzung so gering wie möglich zu halten. Dazu werden wir mit allen spezifischen Akteuren ein modernes City-Logistik-Modell entwickeln, um die zahlreichen Anlieferungen mit LKW und Kleintransportern auf ein Minimum zu beschränken. Geprüft werden soll, ob zum Beispiel das von der Rheinisch-Westfälischen-Technischen Hochschule (RWTH) Aachen entwickelte Modell des „Duck-Trains“ als Pilotprojekt in der Essener Innenstadt umgesetzt werden kann. Eine Übertragung auf die Stadtteilzentren ist anzustreben. Zudem wollen wir den Ausbau des Hafens zum Güter- und Logistikzentrum prüfen lassen. Dies könnte eine echte Entlastung der Straßen vom Güterverkehr bewirken und zusammen mit dem neuen Stadtteil „Freiheit Emscher“ echte Synergieeffekte schaffen. Auf der Rüttenscheider Straße mit ihrem urbanen Charakter zum Flanieren und Verweilen soll Rad- und Fußverkehr bevorzugt werden.

Fußverkehr

Auch unsere Fußgänger*innen sollen nicht in der Sackgasse enden. Denn jeder Weg beginnt oder endet zu Fuß. Ausreichend breite und zusammenhängende Gehwege leisten einen maßgeblichen Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und Aufenthaltsqualität. Dem Fußverkehr soll insbesondere bei der Straßenraumaufteilung der angemessene Platz eingeräumt werden.

Das Fußwegenetz werden wir technisch nachrüsten. Marode Oberflächen werden instandgesetzt, kritische gemeinsame genutzt Verkehrsflächen zwischen Rad und Fußgängern werden wir auf wirksame Kombinationsmöglichkeiten überprüfen und ggf. korrigieren. Im normalen Stadtverkehr wird die stetige Nachrüstung von taktilen Leitflächen und entsprechende Bordsteinabsenkungen zielstrebig weitergeführt. Die Wartung der akustischen Zusatzgeräte an Ampelanlagen für sehbehinderte Bürger*innen werden wir regelmäßig vornehmen lassen, da im Augenblick im Stadtgebiet eine große Anzahl der Einrichtungen nicht funktionstüchtig sind.

Ein Jahrzehnt für nachhaltigen und sozial verträglichen Umweltschutz

Verantwortliche Kommunalpolitik für attraktive Lebensbedingungen aller Einwohner*innen leistet ihren Beitrag zu Umwelt- und Klimaschutz sowie zur Energiewende. Mit unserer Umwelt- und Klimapolitik sichern wir das Lebensumfeld und gute Lebensumstände zukünftiger Generationen.

Essen – klimagerecht, sauber und sozial

Als Grüne Hauptstadt Europas 2017 wurden auf fünf Handlungsfeldern zahlreiche Projekte angestoßen. Uns reicht es nicht, Essen im Jahr 2050 zur „Low Carbon City“ zu machen. Dieses Ziel wollen und müssen wir 2035 spätestens erreicht haben. Für 2050 gilt für unsere Stadt das Ziel Netto Null, das heißt, wir werden bis dahin die Null in der CO₂-Bilanz erreicht haben.

Essen ist seit jeher die Energiestadt in NRW. E.ON und RWE steuern von hier aus ihr innovatives Geschäft. Essen beherbergt bei der Trimet SE die mit 45 Megawatt Leistungsband und 2,1 Gigawatt Pufferleistung eine der größten virtuellen Batterien der Welt. Auch das ist eine große Innovationsleistung „made in Essen“ und ein unerlässlicher Beitrag zum Gelingen der Energiewende. Das zum Anlass der Grünen Hauptstadt Europas 2017 erarbeitete Stärken-Schwächen-Profil zum Thema Klima und Energie wies die größten Potentiale im Gebäudebereich auf. Hier gilt es, einen Schwerpunkt zu setzen. Die Klimakrise wartet nicht. Essen muss seinen CO₂-Fußabdruck deutlich verringern. Rund vier Terrawattstunden (TWh) Strom erzeugen aktuell die Photovoltaikanlagen (PV) in ganz NRW. Auf allen geeigneten 11 Millionen Dächern landesweit installiert, läge das Potential bei rund 70 TWh. Das Ruhrgebiet und damit auch Essen haben besonders viele Dächer. Im städtischen Solarkataster lässt sich das erkennen. Landesweit könnte man rund 10% der CO₂-Emissionen einsparen, eine Zahl, die für unsere Heimatstadt höher liegen wird. Wir wollen in einem ersten Schritt ein 2.000-Dächer-PV-Sofortprogramm als Pilotprojekt. Weitere PV-Projekte müssen dem Piloten folgen. Wir wollen das ehrgeizige Programm in Kooperation mit den Energieunternehmen vor Ort, den Bürger*innenenergiegesellschaften, den Umweltverbänden in Kooperation mit der Innovation City Management GmbH (ICM) realisieren.

Wir schreiben das Integrierte Energie- und Klimakonzept der Stadt (IEKK) fort. Wir wollen mit den kompetenten Akteuren in der Stadt (u.a. RUTE, BUND, Greenpeace) einen konkreten und maßnahmenscharfen Essener Klimaschutzplan 2030 ff (EKSP) erarbeiten. Der EKSP soll Leitlinie für die energie-, klima- und verkehrspolitischen Entscheidungen des Rates sein.

Bei der Entwicklung neuer Stadtquartiere fordern wir eine nachhaltige Denkweise hin zu einem regenerativen Stadtkonzept samt Umsetzung der 17 Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung. Bereits gestartete Projekte werden gemeinsam vorangetrieben, nachhaltige Begegnungsorte sind unverzichtbar. Veranstaltungen im Stadtgebiet müssen umweltfreundlich und klimaschonend durchgeführt werden.

Umweltbildung

Klima- und Umweltschutz müssen in Zukunft noch präsentere Pflichtthemen in Kita und Schule sein, umweltbildende Maßnahmen müssen weitreichend unterstützt und gefördert werden. Nachhaltige Bildung sowie gesundes, regionales und saisonales Essen in Mensen sind Investitionen in die Zukunft. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) z.B. mit unserer Schule Natur, fördert die Dialogfähigkeit und das Orientierungswissen. Sie zielt somit auf die Fähigkeiten ab, Verantwortung für eigenes Handeln zu übernehmen und mit Unsicherheiten und Widersprüchen umzugehen und an der Gestaltung einer demokratischen und kulturell vielfältigen Gesellschaft mitzuwirken.

Bestehende (Beratungs-)Angebote zum Umwelt- und Klimaschutz (z.B. Energiesparcheck) müssen den Bürger*innen wirksamer kommuniziert werden, damit sie verstärkt davon Gebrauch machen. Zudem legen wir ein Projekt zum betrieblichen Mobilitätsmanagement auf.

Flächennutzung und Begrünung

Auch in dicht besiedelten Stadtteilen wollen wir jede Möglichkeit nutzen, ein grünes Stadtbild und angenehmes Klima zu schaffen, durch verbindliche Gebäudebegrünung – von Dach- und/oder Fassade – und Geländebegrünung. Wir wollen für eine gesunde und nachhaltige Bepflanzung von Straßen, Plätzen und Parks durch die städtische Grünplanung und Grünpflege sorgen. Mit dem entstehenden Kleingartenentwicklungskonzept wollen wir die Grundlage für eine solide Planungssicherheit von Nutz-

und Gartenflächen legen, Kleintierzuchtvereine unterstützen und die ökologische Leistung von Kleingärtner*innen und Gräblander*innen anerkennen.

Umweltgerechtigkeit

Umweltpolitik und Wohnungspolitik müssen in Fragen der Verteilungsgerechtigkeit Hand in Hand gehen. Unser Ziel ist es, für alle Menschen unabhängig von Bildung, sozialem Status und vom Einkommen gesunde Umwelt- und Lebensbedingungen zu schaffen. Dass Wasser, Luft, Erholungsflächen und Ruhe Schutzgüter für alle Bürger*innen gleichermaßen sind, wollen wir in unsere Entscheidungen einfließen lassen.

Tierschutz

Tiere sind fühlende Mitgeschöpfe. Ihr Schutz sowie das Verständnis für einen verantwortungsvollen und artgerechten Umgang muss deshalb auch für die Stadtgesellschaft ein wichtiges Thema sein. Die Stadt Essen hat die Verantwortung für in Not geratene Tiere auf das den Essener Tierschutzverein bzw. das Albert-Schweitzer-Tierheim übertragen. Allerdings kommt das Tierheim an räumliche und finanzielle Grenzen. Wir werden das Tierheim entsprechend auf eine neue auskömmliche Basis stellen und die Zuschüsse der Stadt entsprechend erhöhen. Darüber hinaus werden wir gemeinsam mit dem Tierschutzverein die Erweiterung des Tierheims endlich in Angriff nehmen.

Ein Jahrzehnt für soziales und bezahlbares Wohnen

Gutes Wohnen ist ein Grundrecht und ein Grundbedürfnis. Statt der Privatisierung des Wohnungsmarktes wollen wir mehr öffentlichen Raum und die Förderung von genossenschaftlichem Wohnungsbau. Dabei sind eine Durchmischung geförderten Wohnraums mit dem freien Wohnungsmarkt und ein den Bedürfnissen der Bewohner*innen angepasstes Wohnumfeld wichtig. Ziel unseres Handelns ist die Bereitstellung von bezahlbarem und qualitativ gutem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung, eingebettet in ein Wohnumfeld mit hoher Aufenthaltsqualität. Wir werden durch die Mobilisierung von Bauflächen, die Nutzung der Potenziale in der Innenentwicklung und die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren dafür sorgen, dass der hohen Nachfrage nach Wohnraum in allen Stadtbezirken Rechnung getragen wird. Wir fördern die (Weiter-) Entwicklung von durchmischten Quartieren, in denen Menschen unterschiedlicher sozialer Schichten genauso miteinander leben können, wie darin Arbeiten und Wohnen möglich sein müssen. Dazu werden wir den Stadtentwicklungsprozess 2015+ an die aktuellen Bedarfszahlen anpassen und daraus ein neues Leitbild mit konkreten Handlungsempfehlungen auf Ebene der Stadtbezirke ableiten

Stadtentwicklung in Essen

Die Entwicklung unserer wachsenden Stadt leidet unter einem Mangel an verfügbaren Bauflächen sowohl für den Wohnungsbau als auch für die An- und Umsiedlung von Gewerbe. Es fehlt ein entwicklungspolitisches Leitbild, an dem sich naturgemäß unterschiedliche Interessen wie zum Beispiel Flächenbedarf und Landschaftsschutz ausrichten müssen. Wir werden uns für die Erarbeitung eines solchen Leitbildes einsetzen.

Zur Schaffung bedarfsgerechter Angebote an Wohn- und Gewerbeflächen werden wir daher in einem Bündnis mit Umweltverbänden und Immobilienwirtschaft neue Wege der Flächenmobilisierung für jeden Stadtbezirk beschreiten. Gleichzeitig soll die Aktualisierung von Baulücken- und Leerstandskatastern unterstützend zu Beginn 2021 wieder aufgenommen werden.

Bei der Vergabe kommunaler Flächen für Wohnungsbau werden statt des Höchstpreisverfahrens solche Vergabekriterien angewendet, die sich am besten am Gemeinwohl orientieren und an die im neuen Leitbild formulierten Stadtentwicklungszielen anknüpfen. Das dazu zur Verfügung stehende Instrument heißt Konzeptvergabe.

Bei größeren Maßnahmen mit erheblichem Einfluss auf die Infrastruktur und das Stadtbild sowie

Vorhaben, die von Bedeutung für einen Stadtteil oder einen Bezirk sind, fordern wir von Bauherren und Investoren die Durchführung von qualifizierten städtebaulichen Realisierungswettbewerben. Wir sehen darin ein geeignetes Instrument zur Qualitätsverbesserung und eine Entscheidungsalternativen aufzeigende Abwägungsgrundlage für Bezirksvertretung, Ausschuss und Rat. Mit der Einberufung eines Gestaltungsbeirates bei Projekten mit erheblichem Einfluss auf das Bild des Stadtquartiers bieten wir den Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung eine unabhängige Expertise zur fachlichen Stützung ihrer Entscheidung und bei der Kommunikation.

Um diesen Aufgaben insgesamt rasch und qualifiziert gerecht werden zu können, setzen wir uns für eine Verbesserung der personellen Ausstattung der Planungsverwaltung ein. Ziel dabei ist die Schaffung von Freiräumen für strategische Planung, die Straffung und Beschleunigung der Planungsverfahren und die kompetente Initiierung und Steuerung erprobter und neuer Modelle der Bürgerbeteiligung.

Für bezahlbares Wohnen muss der öffentlich geförderte Wohnraum ausgebaut werden und im Sinne einer besseren sozialen Durchmischung gerecht im gesamten Stadtgebiet erfolgen. Wir wollen keine starre Quote, sondern flexible Minimalquoten für die einzelnen Stadtteile basierend auf gängigen Sozialindikatoren und bereits vorhandenem öffentlich gefördertem Wohnraum. Allerdings soll diese Quote nicht 30 Prozent unterschreiten.

In Stadtteilen mit besonderen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen setzen wir bei städtebaulichen Entwicklungen auf einen Mix aus öffentlich-gefördertem Wohnraum, sowie gezielten Eigentumsförderungsmaßnahmen, um die Sozialstruktur in diesen Quartieren zu stabilisieren.

In einer wachsenden Stadt mit begrenzter Fläche brauchen wir Ideen für die Erschließung neuer Wohnflächen und einem quartiersbezogenen Leerstandskataster sowohl für privaten Wohnraum als auch gewerbliche Objekte. Es ist zu prüfen, welche Möglichkeiten für Aufstockungen bestehen.

Unterdessen ist die Beschleunigung der kommunalen Vergabe von Baugrundstücken zwingend erforderlich – ohne dass der kommunalen Hand dabei Flächen gänzlich verloren gehen. Flächen im Besitz der Stadt sollten nur in Erbpacht gegeben werden oder mit Erbbaurecht ersetzendem Wiederkaufsrecht verkauft werden. Aber gleichwohl streben wir an, möglichst viele Flächen in der Verfügung der Stadt zu behalten und nach Möglichkeit diese zu vermehren. Flächen im Besitz der Stadt würden dann nur in Erbpacht vergeben oder, vertraglich gebunden, mit Erbbaurecht ersetzendem Wiederkaufsrecht für die Stadt ohne Spekulationsgewinn, verkauft werden. Damit könnte über nicht marktübliche Grundstückskosten bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Dies bedeutet aber auch, dass heutige Erbpacht nicht mehr abgelöst werden darf.

Wir wollen mit einem sozialen und quartiersbezogenen Leerstandsmanagement für leerstehende Ladenlokale ohne bürokratische oder finanzielle Hürden die Ansiedlung von jungen, kreativen Projekten, Start-ups und kulturellen Angeboten fördern sowie Freiräume für Jugendliche schaffen.

Quartiersmanagement

Wir setzen uns für ein starkes Quartiersmanagement samt stetigen Investitionen in Stadtteilprojekte und der Garantie einer ausgeglichenen Stadtteilmoderation ein. Wenngleich wichtig, sollen Projekte auch ohne externe Gelder sichergestellt und durch den Einsatz städtischer Mittel bedarfsgerecht durchgeführt werden. Ein Schwerpunkt muss auf dem Ausbau einer tragfähigen sozialen Infrastruktur im Stadtteil liegen. Im Übrigen sollen alle Menschen, die einen Bezug zum Stadtteil haben, ihre Ideen und Vorstellungen einbringen können. Quartiersmanagement dient als sinnvolle Ergänzung zu städtepolitischen Vorhaben. Das Fachwissen der Sozialen Arbeit und der Stadtsoziologie sind wichtig zur Vermeidung von Gentrifizierungs- und Verdrängungseffekten. Die Einführung einer Milieuschutzsatzung werden wir in einzelnen Stadtteilen überprüfen.

Attraktives Wohnen

Die Nachfrage nach attraktivem und bezahlbarem Wohnraum ist groß. Deshalb befördern wir besonders solche Projekte, die dieses Ziel durch Inanspruchnahme öffentlicher Förderung oder die

Selbstverpflichtung von Bauherren und Investoren zu langfristigen Mietpreisbindungen erreichen. Attraktives Wohnen finden wir in sozial gemischten Quartieren mit Angeboten an unterschiedlichen Wohnformen, in denen Singlehaushalte mit und ohne Kinder, Familien mit und ohne Kinder, junge Menschen und Senioren nachbarschaftlich miteinander leben. Deshalb befördern wir besonders Projekte, die bestehende Defizite in Quartieren mindern.

Wir wollen attraktives Wohnen für Familien fördern. Das umfasst nicht nur Größe und Preis, sondern auch ein kinderfreundliches Umfeld mit ausreichend Kinderbetreuung, guten Schulen und Spielplätzen sowie sichere und attraktive Wege für den Fuß- und Radverkehr und eine gute Anbindung an den ÖPNV. Gerade Alleinerziehende brauchen Unterstützung, Preisangemessenheit und eine quartierscharfe Anbindung an Kindertagesstätten, Schulen und Freizeitstätten. Zudem sollen alternative Wohnmodelle wie Mehrgenerationenhäuser oder auch Wohnungstauschbörsen stärker gefördert werden. Selbstbestimmtes Wohnen in den eigenen Räumen setzt Barrierefreiheit, ein adäquates, variantenreiches Betreuungs- und Beratungsangebot und einen günstigen Mietpreis voraus. Neue Wohnkonzepte sollten immer auch unter dem umweltpolitischen Gesichtspunkt von Frischluftschneisen und des Erhalts von Landschaftsschutzgebieten gedacht werden.

Genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern

Wir treten der Entwicklung entgegen, dass Wohnraum immer mehr ein Wirtschaftsgut ist, mit dem gehandelt und Gewinn erwirtschaftet wird zu Lasten von Mietenden und Bevölkerung. Deshalb fördern und schaffen wir Alternativen zum überhitzten Wohnungsmarkt: gemeinnützige Projekte, genossenschaftliches Bauen, Projekte in sozialer Trägerschaft. Vorfahrt haben Modelle, bei denen erwirtschaftete Gewinne zurück in die Quartiere fließen und Alternativen zum überhitzten Wohnungsmarkt schaffen. Wir halten den genossenschaftlichen Wohnungsbau in besonderer Weise für geeignet, bedarfsgerechte Wohnungen zu bauen, ein lebenswertes Wohnumfeld zu schaffen, explodierenden Mieten entgegenzuwirken und die Bindung der Menschen an ihr Quartier zu fördern. Deshalb werden wir ihn bei der Grundstücksvergabe und in der Bearbeitung fördern.

Bei der Allbau AG als kommunalem Unternehmen werden wir darauf hinwirken, dass sich das Angebot für mittlere Einkommensschichten entgegen seiner Strategie 2020 nicht nur auf den Bestand beschränkt, sondern dass auch in Neubauprojekten die wohnungspolitischen Ziele der Stadt als Mehrheitsaktionär vorrangig umgesetzt werden.

Gewerbe- und Industrieflächen

Gerade bei der Bebauung für Industrie und Gewerbe muss die Metropole Ruhr an einem Strang ziehen und Standortfaktoren für große Unternehmen zeitgemäß und attraktiv halten. Mögliche Maßnahmen sind die Einführung einer Industriequote und eine einheitliche Gewerbesteuer für die ganze Region. Sowohl beim Handwerk als auch bei Großindustrien wollen wir eine Verdrängung aus dem Stadtbild verhindern. Darum müssen wir für ineinandergreifende Stadtentwicklungskonzepte sorgen, die sowohl Wohnbau als auch Gewerbeflächen vereinen und nicht nur für Gewerbeansiedlungen nördlich der A40 sorgen. Um die räumliche Nähe von Wohn- und Gewerbegebieten verträglich zu gestalten, wollen wir in Innenbereichen das Planungsinstrument der ‚Urbanen Gebiete‘ stärker anwenden als bisher. Großflächiges Gewerbe und Industrieansiedlungen befördern wir mit niedrigen Grundflächenzahlen bevorzugt auf industriellen Brachflächen, wo die Flächenaufbereitung für Wohnungsbau zu teuer ist, wo an vorhandene Infrastruktur angeknüpft oder die Schaffung neuer Infrastruktur einschließlich einer ÖPNV-Versorgung im Sinne der gesamtstädtischen Entwicklung erfolgt.

Ein Jahrzehnt des sicheren Zusammenlebens

Öffentlicher Raum muss für alle nutzbar, genießbar und sicher sein. Darum wollen wir die gute Zusammenarbeit von Stadt, Polizei und anderen Ordnungsbehörden fortsetzen und intensivieren. Auch abends und an Wochenenden oder Feiertagen muss der kommunale Ordnungsdienst erreichbar

und sichtbar sein. Feste Kommunikationsstrukturen mit klaren Ansprechpartner*innen, regelmäßige Austausch- und Fortbildungsangebote und Schulungen in interkulturellen Belangen gehören ebenso dazu. Darüber hinaus wollen wir die Arbeit stärker an den Stadtteilen ausrichten und hierfür regionale Dienststellen in der gesamten Stadt schaffen. Die Ausrüstung der städtischen Ordnungskräfte muss stets dem neuesten Stand entsprechen. Genauso muss im Innendienst das notwendige Personal zur Verfügung stehen, um
Verwaltungsverfahren zeitnah zu bearbeiten und Ordnungswidrigkeiten konsequent zu verfolgen.

Wir werden mit städtebaulichen Mitteln entschlossen dafür sorgen, dunkle Ecken und unbelebte Plätze zu verbessern. Dafür werden wir Angsträume mit Hilfe der Bürger*innen systematisch erfassen und nach und nach beseitigen. Zudem bedarf es einer aufmerksamen und lebendigen Nachbarschaft sowie eines ausgebauten Netzes von Kindernotinseln. Sicheres Leben in Essen wird auch durch viele Ehrenamtliche gewährleistet, deren Engagement wir weiter fördern und honorieren wollen. Darüber hinaus wollen wir neue Beteiligungsmöglichkeiten schaffen für Menschen, die sich für ihre Nachbarschaft und ihren Stadtteil stark machen und eigene Ideen einbringen möchten, wie etwa sozialraumorientierte Präventionsbeiräte.

In den städtischen Parkanlagen muss mitgebrachter Müll in geeigneten Behältnissen richtig entsorgt werden und die unterschiedlichen Nutzer*innen müssen aufeinander Rücksicht nehmen. Dafür soll der flächendeckende Einsatz von Parkwächter*innen insbesondere an den Wochenenden sorgen. Außerdem planen wir mehr Grillmöglichkeiten und zusätzliche Abfallbehälter, genauso wie den Ausbau öffentlicher Toiletten in unmittelbarer Nähe der Grillplätze. Auch überall dort, wo die Stadt das Hausrecht hat, braucht es diese Konsequenz – egal ob bei der Sauberkeit und besseren Kontrolle in den U-Bahnhöfen oder dem Erscheinungsbild der Essener Innenstadt insbesondere nach Feierlichkeiten oder hinsichtlich Räumung bei Schnee und Eis.

Auch in Bezug auf den Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus möchten wir die Ehrenamts- und Jugendarbeit unterstützen. Die erschreckenden Ereignisse der letzten zwei Jahre haben gezeigt, wie groß die Gefahr ist, die von rechtsextremen Netzwerken ausgeht. Dabei denken wir in tiefer Trauer an die Opfer von Hanau und Halle sowie an den hessischen Regierungspräsidenten Walter Lübcke. Eine gute Aufklärungs- und Präventionsarbeit, um rechtem Gedankengut keine Chance zu lassen, ist unabdingbar.

Essen soll eine Stadt sein, in der sich jede*r wohlfühlt, eine Stadt, die sich solidarisch mit denen zeigt, die Opfer von Rechtsextremismus und Rassismus sind. Dabei sind uns die „Steeler Jungs“, die bei ihren wöchentlichen Demonstrationen durch Steele, für ein Gefühl von Unsicherheit sorgen ein Dorn im Auge. Sie pöbeln, beleidigen und bedrohen Menschen, die ihnen missfallen und verfolgen einige sogar bis nach Hause. Um dem entgegenzuwirken soll der Fördertopf für präventive und aufklärende Jugendarbeit etabliert werden, dies soll das Wachstum der rechten Szene verhindern. Das wöchentliche Zusammenkommen, um für eine vielfältige und multikulturelle Stadtgesellschaft einzutreten, kostet Zeit und Kraft und das Besorgen von Informationsmaterial sowie die Organisation von Veranstaltungen kostet Geld. Daher wollen wir auch zivilgesellschaftliche Organisationen wie aktiv unterstützen. Bei kritischen Bestandsaufnahmen möchten wir erfragen, wie unsere Stadt Essen präventiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus vorgeht und wo noch mehr Einsatz nötig ist.

Ein Jahrzehnt der Beteiligung und modernen Stadtverwaltung

Stadtverwaltung der Zukunft – serviceorientiert, bürgernah, effizient, transparent, krisenfest und digital

Die Verwaltung muss sich an geänderte Bedürfnisse anpassen – in Bezug auf den demografischen Wandel, die neuen technischen Möglichkeiten und die Ansprüche einer modernen und selbstbewussten Bürgerschaft. Aktuell sehen wir: Die Stadt Essen ist im Bereich der Digitalisierung auf

eine Situation wie die Momentane nicht vorbereitet gewesen, es gab keine einheitliche Strategie. Dazu gehören Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die Möglichkeit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, im Home-Office zu arbeiten. Hier muss dringend und kurzfristig nachgearbeitet werden. Wir wollen mehr Beteiligung und echten Einfluss der Essener*innen auf die Gestaltung von Prozessen.

Neben einem Ausbau der Onlineangebote setzen wir auch weiterhin klar auf serviceorientierte Beratung vor Ort – mittels mindestens einer städtischen Anlaufstelle in jedem Stadtbezirk mit möglichst breitem Dienstleistungsangebot. Viele Behördengänge werden sich mit der Einführung der zentralen Behördenrufnummer 115 und einem zentralen Callcenter für Auskünfte und Beratung sowie Anregungs- und Beschwerdemanagement erübrigen.

Um auf alle Situationen angemessen reagieren zu können, müssen Stadtverwaltung und Beteiligungsunternehmen über einen vernünftigen Personalkörper verfügen, dieser soll kurzfristig und flexibel auf Veränderungen und Ausnahmesituationen ohne Überlastung reagieren können. Lange Wartezeiten für einen Termin auf dem Amt werden abgeschafft.

Digitale Stadtverwaltung

Die Stadt Essen hat Aufholbedarf im Bereich der Digitalisierung. Die Einsetzung eines Chief Digital Officers (CDO) war ein erster wichtiger Schritt. Zur Verstetigung fordern wir die Einrichtung eines „Runden Tisches Digitalisierung“ mit Vertreter*innen aus Wissenschaft, Bürgerschaft, lokaler Wirtschaft und Expert*innen, angesiedelt beim CDO. Die Installation von „Digital-Lotsen“, die Bürger*innen über die digitalen Dienstleistungen der Stadt, Chancen und Tücken aufklären, ist sinnvoll. Der Webauftritt der Stadt muss zudem zügig für mobile Endgeräte optimiert werden.

Essen zur vorbildgebenden Arbeitgeberin weiterentwickeln

Die Stadt Essen soll mindestens bundesweit vorbildgebende Arbeitgeberin sein. Dies betrifft aufgaben- und arbeitsplatzbezogene Faktoren wie eine zeitgemäße Ausstattung oder den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen, aber auch Innovationen bei weichen Standortfaktoren: Gesundheitsprogramme, Maßnahmen zum Teambuilding und für gemeinsame Aktivitäten gehören ausgebaut. Die Beteiligung von Mitarbeiter*innen an Entscheidungsprozessen wollen wir ausweiten und institutionalisieren. Das Wohnen in der Nähe des Arbeitsplatzes soll gefördert werden. Individuelle Arbeitszeitmodelle wie Lebensarbeitszeitkonten, Sabbatjahre oder die Förderung von persönlichen Weiterbildungs- und Entwicklungswünschen sollen möglich sein. Gleichzeitig muss Führung wieder verbindlicher werden und Überforderungen verhindern. Ein gutes Arbeitsklima muss von der Stadtspitze angefangen vorgelebt werden. Allgemeinverbindliche Betriebsvereinbarungen sind immer einer individuellen Absprache vorzuziehen. Eine strategische Personalentwicklung ist zu fokussieren, Orientierungsgespräche sind zu persönlichen Entwicklungsgesprächen weiterzuentwickeln. Der Personalwechsel zwischen der Stadtverwaltung und den unterschiedlichen Beteiligungsunternehmen muss leichter werden.

Die eigene Ausbildung ist wesentlich für die Personalgewinnung. Anreizsysteme für Ausbilder*innen und Dozent*innen sind auszubauen. Die unbefristete Übernahme bei guten Leistungen ist Pflicht. Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen bei der Stadtverwaltung und den Beteiligungsunternehmen lehnen wir strikt ab.

Gleichstellung

Das Essener Konzept zur Gleichstellung der Geschlechter wollen wir aktualisieren:

Frauen- und queerpolitische Themen müssen im stadtgesellschaftlichen Diskurs eine deutliche Aufwertung erfahren. Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt soll deshalb auf Ebene des Verwaltungsvorstandes mitarbeiten und Einfluss nehmen können.

Hilfstrukturen für Frauen in Not, und vor allem weibliche Opfer häuslicher Gewalt, wie die Essener Frauenhäuser wollen wir weiter fördern und stärken.

Für eine stärkere Repräsentation von Frauen befürworten wir eine Frauenquote auf der städtischen Führungsebene inklusive der Beteiligungsunternehmen. Um Hemmnisse für Frauen und weitere marginalisierte Bevölkerungsgruppen abzubauen, fordern wir die Einführung anonymisierter Bewerbungen bei der Stadtverwaltung und ihren unternehmerischen Töchtern.

Frauen sind in Unternehmen Leistungsträger*innen und auch Garanten für wirtschaftlichen Erfolg, darum unterstützen wir besonders in städtischen Tochterunternehmen die Teilhabe von Frauen an unternehmerischen Schaltstellen und Positionen. Wir wollen damit auch die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene in Gesellschaften und ihren Gremien, die vom Rat der Stadt beeinflussbar sind, bilanzieren und umsetzen lassen.

Verbraucher*innenschutz

Verbraucher*innenschutz ist eine unverzichtbare kommunale Aufgabe und integraler Bestandteil kommunaler Daseinsvor- und fürsorge. Wir setzen uns daher aktiv für einen wirksamen und bedarfsgerechten Schutz der Verbraucher*innen und Schuldner*innen in Essen ein. Durch zielgruppengerechte Informations- und Beratungsangebote in relevanten Themenfeldern des Verbraucher*innenalltags (insbesondere in den Bereichen Verbraucher*innenrecht und Verbraucher*innenfinanzen, Energie, Gesundheit und Umwelt) werden Essener Bürger*innen bei der Durchsetzung ihrer Rechte als Verbraucher*innen unterstützt, vor finanzieller Übervorteilung bewahrt und für eine nachhaltige Lebensweise sensibilisiert. Verbraucher*innenschutz soll auch sensible Verbraucher*innengruppen erreichen und deren Verbraucher*innensituation verbessern, wie z. B. ältere Menschen, Jugendliche sowie Zugewanderte. Wichtige Bausteine sind daher auch präventiv angelegte und aufsuchende Beratungs- und Informationsangebote. Auch in dieser Hinsicht setzen wir uns für einen Erhalt und eine bedarfsgerechte Ausstattung der Verbraucherzentrale NRW in Essen ein

Bürger*innenbeteiligung

Wir wollen einen echten Dialog zwischen Bürger*innen, Politik und Verwaltung sowie Verbindlichkeit und echte Einflussmöglichkeiten. Wir wollen eine konstruktive Bürger*innenbeteiligung, die das Fachwissen der Bürger*innen nutzt und in Entscheidungen einfließen lässt. Dazu braucht es mehr dialogische Beteiligungsformate, die regelmäßig und mit klar kommunizierten Einflussmöglichkeiten stattfinden.

Wir wollen auf eine Bürger*innenbeteiligung setzen, die alle sozialen Gruppen emanzipiert. Deshalb werden wir bei allen städtischen Beteiligungsformaten auf eine repräsentative Teilnehmer*innenauswahl achten.

Damit Bürger*innenbeteiligung qualitativ gelingen kann, brauchen wir eine Annäherung an Standards, ohne Kreativität und Austausch zu beeinträchtigen. Dazu wollen wir eine Koordinierungsstelle Bürger*innenbeteiligung in der Stadtverwaltung etablieren.

Die Essener Stadtteilkonferenzen ist ein solider erster Schritt, um Menschen vor Ort zu hören und einzubinden. Darum wollen wir sie weiter ausbauen und so ein demokratisches Miteinander in den Stadtteilen weiter fördern.

Bei jedem Neu- oder Umbau von Schulen, Kitas, Spielplätzen und, soweit möglich, Parks wollen wir Kinder und Jugendliche einbinden. Wir wollen ihnen mittels Planwerkstätten die Möglichkeit geben, ihre eigenen Ideen einzubringen und diese professionell umsetzen zu lassen.

Bezirke stärken

Die neun Bezirksvertretungen als starke fachliche Expertise vor Ort wollen wir für einen engen Austausch mit dem Rat der Stadt nutzen. Sie müssen bei allen Themen, die Auswirkungen auf das Leben im Bezirk haben, ernsthaft beteiligt und angehört werden. Wir wollen den Bezirksbürgermeister*innen außerdem die Gelegenheit geben, bei Rats- und Ausschusssitzungen das Votum der Bezirksvertretung vorzutragen, sofern dieser vom Vorschlag der Verwaltung abweicht.

Mittelausstattung der Bezirksvertretungen

Insbesondere bei der Pflege von Grünflächen, der Instandhaltung von Wegen und bei Zuschüssen zum Stadtteileleben leisten die Bezirksvertretungen einen wichtigen Beitrag. Zudem schließen sie eine Lücke, die die Verwaltung unter dem Zwang der Haushaltseinsparung hinterlässt, auch kleine Projekte können so unbürokratisch gefördert werden. Um den Ansprüchen gerecht zu werden und über das ganze Bezirksgebiet wirken zu können, brauchen die Bezirksvertretungen ausreichend Mittel. Langfristig wollen wir uns für einen frei verfügbaren Haushalt in Höhe von 500.000 Euro einsetzen.

Ein Jahrzehnt der gestaltenden Finanzpolitik

Wir stehen für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik, die trotz angespannter Kassenlage gestalten will. Ein solide aufgestellter Stadthaushalt bietet ein gutes Fundament dafür. Die finanzielle Konsolidierung der letzten Jahre war eine bemerkenswerte Leistung – dauerhafter Haushaltsausgleich sowie der Abbau von Altschulden bleiben weiterhin Eckpfeiler unseres Handelns. Gleichzeitig ist der Bedarf an nachhaltigen Investitionen in unsere Infrastruktur, Bildungslandschaft und den sozialen Zusammenhalt größer und dringlicher denn je. Um sicherzustellen, dass der riesige Investitionsstau bei den öffentlichen Gebäuden der Stadt Essen nicht weiter anwächst und auch zukünftig nicht wieder so groß werden kann, werden wir jährlich einen festen Prozentsatz des Buchwertes aller Immobilien der Stadt Essen als Investitionsuntergrenze definieren und diesen Betrag in Instandhaltung und Neubau der Gebäudeinfrastruktur investieren.

Als Stadt Essen müssen wir dauerhaft handlungsfähig bleiben und gute Dienstleistungen für die Essener*innen bieten, darum werden wir die Mittel für den Ausbau der Bildungs- und Betreuungslandschaft, die Verwirklichung der Verkehrswende, für Kinder- und Jugendeinrichtungen, Kulturangebote sowie Begegnungsstätten deutlich erhöhen. Einen weiteren Schwerpunkt werden wir auf den Ausbau der städtischen Dienstleistungen vor Ort in den Stadtbezirken legen.

Wir werden aber auch eine gezielte Entlastung der Essener*innen vornehmen. Die Gebühren für Abfallentsorgung und Wasserversorgung werden wir auf den Prüfstand stellen. Bei den Kosten für Kitas und den offenen Ganztage zielen wir auf eine deutliche Entlastung ab, Geschwisterkinder in beiden Systemen müssen in einem ersten Schritt komplett beitragsfrei sein.

Die Grundsteuerreform darf nicht zu Mehrbelastungen führen. Wir werden die Hebesätze im Aufkommen neutral gestalten. Um Grundstücksspekulationen vorzubauen, werden wir die Einführung eines dritten Hebesatzes für brachliegende Baugrundstücke prüfen.

Für die Gewerbesteuer streben wir eine Harmonisierung zwischen den Ruhrgebietskommunen an, um so einen Unterbietungswettbewerb zu verhindern und mittel- bis langfristige Investitionen in unsere Metropolregion zu fördern.

Für ein besseres Leben für alle Geschlechter müssen wir die Geschlechterperspektive in die Haushaltspolitik einbeziehen. Es gilt zum einen zu erkennen, wie sich sowohl Ausgaben und Investitionen als auch deren Priorisierung auf kommunaler Ebene auf die Geschlechter auswirken und möglicherweise nicht geschlechterneutral sind. Zum anderen wollen wir mit diesem Wissen Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit von Anfang an umsetzen. Durch die Umstrukturierung von Ausgaben und die Bereitstellung von gesonderten Budgets wollen wir Geschlechtergerechtigkeit fördern. Erste Ansatzpunkte dafür sind beispielsweise die Sportförderung, Ausgaben zur Sicherheit, aber auch Investitionen in eine bessere Familienversorgung.

Wir setzen uns für eine weitere Entlastung der kommunalen Haushalte von den Kosten für Aufgaben ein, die den Kommunen durch Bund und Land übertragen worden sind. Insbesondere in der Frage der kommunalen Altschulden werden wir weiter für schnelle sowie tragfähige Lösungen kämpfen. Nur so kann das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Städten und Gemeinden verwirklicht werden. Für Essen ist die Klärung der Altschuldenfrage zudem unumgängliche Voraussetzung für eine echte Bekämpfung der Spaltung unserer Stadt.